

Dezentralität und Bürgerenergie

Bundestagsausschuss: Wirtschaft und Energie

Unter dem Begriff "**Dezentralität**" werden viele unterschiedliche Aspekte der Energiewirtschaft verstanden – von der Frage der Eigenversorgung über die räumliche Verteilung der Stromproduktion und die Schaffung regionaler (smarter) Märkte bis hin zur Frage der Rolle unterschiedlicher Akteure in der Energiewirtschaft. Die Zahl dezentraler Verbrauchs- und Erzeugungseinheiten wie Photovoltaik- (PV) oder Windenergieanlagen, Elektrofahrzeuge (Electric Vehicles, EV), Wärmepumpen und Batteriespeicher nimmt rasch zu. Die systematische, marktorientierte Integration dieser Anlagen in das deutsche Energiesystem stellt eine vielversprechende Möglichkeit dar, um **unmittelbar wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nutzen** für die Bürger*innen zu generieren und gleichzeitig **Stromnetzkosten zu senken**.

Agora Energiewende (1) argumentiert, dass sich Dezentralität dauerhaft zu einem neuen Strukturmerkmal der Stromwirtschaft entwickelt. Das begründet sich darin, dass die zentralen Technologien der Energiewende (Windkraft, Solarenergie, Stromspeicher, Elektromobilität, Wärmepumpen) eine wesentlich verteilte Struktur mit sich bringen, die nicht mit immer mehr Netzausbau beantwortet werden kann. Zudem gibt es sowohl ökonomische, politische als auch soziale Treiber in Richtung Eigenversorgung und regionale Lösungen. Der Mehrwert dezentraler Lösungen ist häufig nicht monetärer Natur (zum Beispiel größere Akzeptanz, breitere Teilhabe) und muss als solcher politisch bewertet werden. Ökonomisch liegt der Wert in der Regel in vermiedenem Netzausbau, für den bisher jedoch ein monetäres Maß fehlt, oder in dem Befriedigen einer Regionalitätspräferenz der Verbraucher, für die jedoch der Marktrahmen fehlt.

Studien belegen, dass mehr Dezentralität und Bürgerenergie die Energiewende **kosteneffizienter, gerechter und akzeptierter** machen, durch massive Einsparungen für Haushalte und KMU, geringere Netzausbaukosten, mehr lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze sowie eine stärkere Bürgerbeteiligung.

Roland Berger (2) kommt zu dem Ergebnis, dass durch Technologien wie Photovoltaikanlagen, Batteriespeicher, Wärmepumpen und Elektromobilität nicht nur Investitions- und Betriebskosten sinken, sondern auch **regionale Wertschöpfung** entsteht. Zudem könnten bis 2045 rund 100.000 **zusätzliche Arbeitsplätze** geschaffen werden. Die größte Wirkung sehen die Autoren aber bei den Verbrauchern. Privathaushalte und KMU könnten ihre **Energiekosten** langfristig um etwa 50% **reduzieren**. Für Haushalte entspricht das einer jährlichen Ersparnis von bis zu 1.200€. Einsparungen ergeben sich aus der direkten Nutzung von lokal erzeugtem Strom sowie durch sinkende Netzkosten. Mit **Energy Sharing** können alle Bürger*innen durch verringerte Stromkosten vom Ausbau erneuerbarer Energien in ihrer Region profitieren.

Eine Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (4) kommt zum Ergebnis, dass 90% aller Haushalte in Deutschland mit vergünstigtem Energy-Sharing-Strom versorgt werden könnten. Wird angenommen, dass Privatpersonen mindestens zwölf Prozent der Investitionskosten für die Anlagen in ihren Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften beisteuern, ergeben sich private Investitionen in Höhe von 6,5 Milliarden bis 12,8 Milliarden Euro. Jede Person wäre so im Durchschnitt mit rund 100 bis 200€ selbst an den EE Anlagen beteiligt.

Die New Energy Alliance betont, dass der Mehrwert nur mit klaren politischen Vorgaben gehoben werden kann. Dazu zählen die Digitalisierung des Energiemarkts, die Anpassung der Netzentgelte, der Ausbau intelligenter Stromnetze sowie die Einführung des bidirektionalen Ladens. Auch ein beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien sei nötig, um zentrale und dezentrale Lösungen zu kombinieren.

Darüber hinaus ist Dezentralität entscheidend für günstige **Versorgungssicherheit**. Dafür nötig ist

ein echter Marktmechanismus, welcher erlaubt, dass flexible Verbraucher, Speicher und steuerbare Erzeuger diskriminierungsfrei am Markt teilnehmen können und für ihren Beitrag zur Versorgungssicherheit fair entlohnt werden. Ein solcher Mechanismus schafft **Investitionsanreize** für neue flexible Kapazitäten, reduziert die Abhängigkeit von teuren zentralen Kraftwerken und **reduziert die Abhängigkeit von Energieimporten**. Damit verringert sich auch die politische Abhängigkeit von Energieimporten und die **Widerstandsfähigkeit des Stromsystems gegen Angriffe** wächst.

Zentrale Forderungen

- Die Studie von Roland Berger (2) zeigt das massive Mobilisierungspotential von privatem Kapital - auch zur Dekarbonisierung der Sektoren Wärme und Verkehr. Damit dieser Weg weiter beschritten wird, hätte der **ETS2 planungsgemäß 2027 starten** müssen. Bedauerlicherweise hat sich die EU inzwischen für eine Verschiebung des Start von ETS2 auf 2028 geeinigt.
- **Faire Abgaben:** Überarbeitung der **Systematik von Netzentgelten, Steuern und Umlagen**, um dezentrale Lösungen **nicht zu benachteiligen**. Das bisherige System der dezentralitätsbedingten Ausnahmen bei Netzentgelten, Steuern, Abgaben und Umlagen ist hochgradig **willkürlich und chaotisch**. Es sollte überführt werden in eine klare Struktur, bei der die Höhe der Entgelte, Steuern, Abgaben und Umlagen differenziert wird nach drei Ebenen: (1) Erzeugung und Verbrauch **ohne Nutzung des öffentlichen Netzes**, (2) Erzeugung und Verbrauch **innerhalb einer Stromregion bzw. einer Netzebene** sowie (3) **überregionaler Ausgleich** von Erzeugung und Verbrauch.
- **Energy Sharing und Bürgerenergie rechtlich verankern und skalieren:** Die Europäische Union hat Energy Sharing bereits 2019 in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (Art. 22) mit einer Umsetzungsfrist bis Mitte 2021 verankert. Auch die Deutsche Energie-Agentur (3) betont, dass die **EU-Direktive zur Regulierung von Energiegemeinschaften national umgesetzt** werden sollte. Dazu muss ein **bundesweiter, einfacher Energy-Sharing-Rechtsrahmen** eingeführt werden, **regulatorische Hürden** für Energie-Gemeinschaften, Mieterstrom, Quartierslösungen **abgebaut** werden, und **faire Beteiligung von Bürger*innen und KMU** an lokalen EE-Anlagen ermöglicht werden.
- Im Einklang mit dem EU-Aktionsplan für digitale Energie sollte ein Rahmen für die **Erprobung des P2P-Stromhandels** in unter anderem Demonstrationsprojekten geschaffen werden, um die **Vorteile von Energiegemeinschaften aufzuzeigen** und **klare Kriterien für die Implementierung** in Deutschland zu definieren.
- Die Einführung und das **Ausrollen intelligenter Messsysteme** und die **einfache Ermöglichung des Remote-Zugriffs** auf hochaufgelöste, aktuelle Submeter-Daten für die Erzeugung und den Verbrauch von Anlagen stellen eine Voraussetzung für den P2P-Stromhandel sowie für weitere Energie- und Flexibilitätsdienstleistungen dar und sollten **schnell und flächendeckend umgesetzt** werden.

Einordnung im Verhältnis zum Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2025:

Im Koalitionsvertrag verankert? Eher vage. * Bewertung **ETS2-Start 2027**? Nein, erst 2028. Politisch klar unterstützt, aber mit ungenauen **Operationalisierungsdetails**. * **Faire Abgabenstruktur (Netzentgelte, Steuern)**? Teilweise Senkung vorgesehen, aber **keine differenzierte Systematik zu Dezentralität**. **Schwerpunkt: Entlastung der Industrie**. * **Energy Sharing & Digitalisierung**? Teilweise Anerkannt, gesetzliche Umsetzungen laufen – **digitale und P2P-Komponenten offen**.

Quellen:

(1) Agora Energiewende (2017): Energiewende und Dezentralität. Zu den Grundlagen einer politisierten Debatte.

- <https://www.agora-energiewende.de/publikationen/energiewende-und-dezentralitaet#downloads>

(2) Roland Berger GmbH (2025) "Die Rolle der Dezentralen Lösungen im gesamtkosteneffizienten Energiesystem" (Autor*innen Marc Sauthoff, Dominik Löber)

- <https://www.new-energy-alliance.de/>
<https://www.bayern-innovativ.de/emagazin/detail/studie-sieht-milliardenpotenzial-in-dezentraler-energie>

(3) Deutsche Energie-Agentur (Hrsg.) (dena, 2023): Das dezentralisierte Energiesystem im Jahr 2030

- <https://www.dena.de/infocenter/das-dezentralisierte-energiesystem-im-jahr-2030/>

(4) Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (2022) "Energy Sharing: Eine Potentialanalyse" (Autor*innen: Wiesenthal, Jan; Aretz, Astrid; Ouanes, Nesrine; Petrick, Kristian)

- https://www.ioew.de/publikation/energy_sharing_eine_potenzialanalyse
<https://www.buendnis-buergerenergie.de/presse/pm-pressemitteilungen/artikel/2022-5-3/studie-ueber-90-prozent-der-haushalte-in-deutschland-koennten-durch-energy-sharing-teil-der-energiewende-werden-und-davon-profitieren>